

1. Nennen Sie drei konkrete Ziele zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im schulischen und freizeitleichen Bereich.

A: - *Sprachförderung ab dem 1. KiTa-Tag*
 - *Gemeinsames Lernen ab Klasse 1*
 - *Schulsozialarbeit*

2. Wie wollen Sie ein flexibles, vielfältiges und qualitätsvolles Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder aller Altersstufen gestalten und sicherstellen?

A: - *Betreuungs- und Bildungsangebote für 0-3jährige*
 - *Anpassung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher*
 - *Professionelle Sprachförderung*
 - *Verlängerte Grundschulzeit, Ganztagessschulen und individuelle Förderung*
 - *Selbstständigkeit und -verantwortung der Schulen*
 - *Stärkung der Vereine und außerschulischen Angebote als Partner der Schulen*
 - *Regionale Berufsbildungszentren für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung*

zum Konzept einer Bildungsreform der SPD siehe auch: <http://bildungsaufbruch.bawue.spd.de/>

3. Welche Schritte werden Sie vor Ort einleiten, damit sich die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit verbessert?

A: *Mehr Ganztagessschulen*

4. Wie viele Kinder sollen Ihrer Meinung nach in einer Schulklasse betreut werden?

A: *Max. 20*

5. Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen und Schulen hängt maßgeblich von der Personalausstattung ab - wie viele und welche Fachkräfte sollen für eine Gruppe/Klasse/Schule zuständig sein?

A: *Schulen sollen selbstständig entscheiden, wie viel pädagogisches Personal sie zusätzlich brauchen*

6. Halten Sie die gesetzliche Verankerung von Richtlinien für die personelle Besetzung, Gruppengröße sowie eines entsprechenden Qualitätssystems für notwendig?

A: *JA*

7. Sind Sie bereit, sich für die Erhöhung des Stellenschlüssels der pädagogischen Fachkräfte einzusetzen?

A: *JA*

8. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Jugendlichen ein Angebot zu bieten, welches ihre Persönlichkeit fördert?

A: *bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendzentren*

9. Wie wollen Sie die Jugendförderung weiterentwickeln?

A: - *Förderung und Ausbau außerschulischer Bildungsangebote*
 - *Gesetzliche Voraussetzungen für eine Kooperation von Schule und Jugendhilfe*
 - *Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe*

10. Was will Ihre Partei tun, um allen behinderten und nicht behinderten Kindern endlich gemäß dem internationalen Standard den gemeinsamen Unterricht in einer gemeinsamen Regelschule für Alle zu ermöglichen? Die UNESCO-Erklärung von Salamanca und aktuell die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen verpflichten die Regierungen zum Umbau ihrer Schulsysteme, um einen gemeinsamen (inklusiven) Unterricht Aller zu gewährleisten.

A: *Kindergarten und Regelschule müssen befähigt werden, Kinder individuell und entsprechend ihrer Veranlagung zu fördern durch eine zieldifferente Lern- und Arbeitsweise. Alle Kinder lernen voneinander vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II und miteinander.*

- *Die sonderpädagogische und therapeutische Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher ist Bestandteil der Schulkonzepte aller Schulen. Die pädagogischen und therapeutischen Kräfte arbeiten im Team. Jedem Schüler wird die Möglichkeit eingeräumt, an allen schulischen Aktivitäten teilzuhaben.*
- *Auch Kinder mit schwerer Behinderung werden so weit als möglich in den integrativen Unterricht einbezogen.*
- *Sonderschulen entwickeln sich zu Förderzentren und öffnen sich auch für nichtbehinderte Kinder.*
- *Inklusionsschulen sind gebundene Ganztageschulen. Sie sollen möglichst wohnortnah angeboten werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe erhalten sie die dafür notwendige personelle, sächliche Ausstattung.*
- *Die Klassengröße bei zieldifferentem Unterricht beträgt maximal 20 Kinder, davon max. 5 behinderte Kinder.*
- *Eltern erhalten ein qualifiziertes Wahlrecht und entscheiden, ob ihr Kind eine allgemeine Schule, eine Inklusionsschule oder eine entsprechende Sonderschule besucht.*

11. Ein gegliedertes Schulsystem steht also im Widerspruch zu den Ansprüchen, die ein inklusives Schulsystem stellt. Wie wird Ihre Partei auf diese Herausforderung an die Bildungspolitik der deutschen Länder reagieren.

A: s.o.

12. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die UNESCO-Erklärung von Salamanca und UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen in Landesrecht zu übernehmen?

A: *Menschen mit Behinderung müssen gleichberechtigt Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben. Auch in Baden-Württemberg.*

13. Unterstützt Ihre Partei einen integrativen/inklusiven Unterricht bis zur 10. Klasse, wie er z.B. an der Staudinger Gesamtschule angestrebt wird?

A: JA

14. Wird Ihre Partei die Anne-Frank-Grundschule dabei unterstützen, wieder inklusiv unterrichtete Klassen anzubieten?

A: JA, tut sie bereits und wird dies auch in Zukunft tun.